

Staatliches Haushaltsdefizit, Wirtschaftswachstum und Staatsverschuldung

Till van Treeck

Mit Hilfe einer einfachen Tabellenkalkulation wird gezeigt, welche Überlegungen seinerzeit hinter den als "3-Prozent-Regel" und "60-Prozent-Regel" bekannten Maastricht-Kriterien standen: Bei einem jährlichen Wachstum des nominalen BIP von 5 Prozent bleibt die staatliche Schuldenstandquote dauerhaft stabil bei 60 Prozent, wenn das jährliche Haushaltsdefizit 3 Prozent beträgt.

Staatsverschuldung (ods-Datei: 15 KB)

Die Simulation zeigt die Entwicklung der staatlichen Schuldenstandquote in Abhängigkeit vom jährlichen staatlichen Haushaltsdefizit und vom jährlichen nominalen BIP-Wachstum. In der Ausgangssituation (Periode 0) beträgt die Staatsverschuldung 60 Geldeinheiten, und das BIP 100, das heißt die staatliche Schuldenstandquote ist $60/100 = 0,6$ bzw. 60 Prozent. Wenn das staatliche Defizit jedes Jahr 0,03 bzw. 3 Prozent beträgt, und das nominale BIP mit einer Rate von 0,05 bzw. 5 Prozent wächst, bleibt die staatliche Schuldenstandquote dauerhaft konstant bei 60 Prozent. (Diese Überlegung lag auch den **Maastricht-Kriterien** zugrunde, die eine staatliche Neuverschuldung von maximal drei Prozent pro Jahr und eine staatliche Schuldenstandquote von maximal 60 Prozent erlaubten.)

Wird das Defizit gesenkt, fällt die staatliche Schuldenstandquote, sofern das BIP-Wachstum unverändert bleibt bzw. zumindest nicht stärker fällt als das staatliche Defizit. Ist der keynesianische Multiplikator groß, kann die staatliche Schuldenstandquote trotz niedrigeren Defizits steigen – nämlich dann, wenn das BIP-Wachstum stark einbricht. Ein großer Multiplikator ergibt sich beispielsweise dann, wenn durch Ausgabensenkungen oder Steuererhöhungen des Staates die Einnahmen der privaten Haushalte und Unternehmen sinken und diese daraufhin ihre Ausgaben für Konsum und Investitionen reduzieren mit dem Ergebnis geringerer Nachfrage und geringerer Innovationstätigkeit und insgesamt geringerem Wirtschaftswachstum. Aus neoklassischer Perspektive ist zumindest längerfristig zu erwarten, dass eine geringere staatliche Nachfrage durch private Nachfrage ersetzt wird. Dadurch bleibt das BIP-Wachstum zumindest konstant, bzw. es kann sogar stimuliert werden, wenn eine staatliche Konsolidierungspolitik zu mehr Vertrauen in die Tragfähigkeit der Staatsschulden führt und damit private Investitionen und Innovationen befördert.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-sa/4.0
Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-sa/4.0
Autor: Till van Treeck für bpb.de
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.